

der Hacho



der Hacho
SPD
Oberhaching

September 1998

Auflage 4.500

Vom Fußball lernen Ein Plädoyer von Otto Schily für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht



Otto Schily, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, in Gerhard Schröders Schattenkabinett für das Amt des Innenministers vorgesehen, Kandidat des Wahlkreises München-Land

„Im Fußball gibt es keine Gerechtigkeit, da gibt es nur Ergebnisse“ – immerhin von Uli Hoeneß stammt dieser Satz. Zwar ist auch Gerechtigkeit wichtig. Trotzdem möchte ich doch den FC-Bayern-Manager einmal beim Wort nehmen, und auf die Ergebnisse der letzten Fußball-WM sehen. Denn

manchmal kann die Politik auch vom Fußball lernen.

Frankreich ist Fußball-Weltmeister. Herzlichen Glückwunsch an unseren Nachbarn! Der herrliche Finalsieg der Franzosen hat mich gefreut, nicht nur weil es ein spannendes und schönes Spiel war, sondern auch aus einigen anderen Gründen:

Der französische Erfolg ist ein gutes Beispiel dafür, was Integration von Einwanderern leisten kann, und wie

sie funktioniert. Zinedine Zidane, dessen Familie aus Algerien stammt, ist mit seinen zwei Toren der Held des Finales. Frankreich ist ein multikulturelles Team, bei dem Vielfalt aber nicht Selbstzweck ist, oder ein schöner Farbkleck, sondern etwas ganz Selbstverständliches. Die Hautfarbe spielt in der französischen Nationalmannschaft keine Rolle mehr.

Vor allem ist der Sieg des französischen Teams auch ein Erfolg für Frank-

Fortsetzung Seite 4

Anzeige – Bitte beachten Sie die Rückseite des Heftes

»Ich gebe Ihnen neun gute **Gründe**, SPD zu wählen. Der zehnte heißt Kohl.«



Schlechte Noten für Stoiber

Kritik an Niedersachsen und Saarland fällt auf ihn selbst zurück

„Die Misswirtschaft, die Herr Stoiber nicht anprangert“ war ein Kommentar von Heinrich Giegold in der Frankenpost betitelt. Abgesehen von Oberbayern sind in Bayern nämlich ähnliche Arbeitslosenzahlen zu finden wie im vielgeschmähten Niedersachsen oder im Saarland. Es lohnt sich genauer hinzusehen. Nur einige wenige Beispiele genügen, das mit viel Aufwand von Presseabteilungen gezeichnete Image deutlich zu widerlegen.

Aktuelle Arbeitslosenzahlen der Regierung MP Stoiber im Vergleich

	Quote April 98*
Hof	11,6 %
Nürnberg	10,7 %
Deutschland (West)	10,6 %
Oberfranken	9,9 %
Mittelfranken	9,7 %
Oberpfalz	8,7 %
Unterfranken	8,6 %
Niederbayern	8,2 %
Bayern gesamt	8,2 %
Baden-Württemberg	8,1 %
Schwaben	8,0 %
Oberbayern	6,9 %
München	6,9 %
Freising	4,8 %

* Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Immer wieder brüsten sich Stoiber und seine Bayer. Staatsregierung der niedrigsten Durchschnittswerte aller Bundesländer bei den Arbeitslosenzahlen. Das stimmt durch die niedrigen Werte in Oberbayern. Nimmt man dagegen Landesteile, wie Hof, Marktredwitz, Selb, Schweinfurt, aber auch das Frankenzenrum Nürnberg und Umgebung, dann findet man dort mit denen Niedersachsen und Saarlands absolut vergleichbare Zahlen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Amtsantritt des MP Stoiber

	Mai 93		April 98		Steigerung	Rang
	abs. Zahl	Quote	abs. Zahl	Quote	in Proz.	
Hessen	167.057	6,6 %	259.752	10,2 %	55,5 %	1.
Schl.-Holst.	85.925	7,6 %	129.197	11,2 %	50,4 %	2.
Hamburg	60.995	8,3 %	91.608	12,8 %	50,2 %	3.
Bayern	289.303	5,7%	420.931	8,2 %	45,5 %	4.
Rheinl.-Pfalz	109.939	7,0 %	158.880	9,8 %	44,5 %	5.
NRW	679.905	9,3 %	870.337	11,8 %	42,7 %	6.
Niedersachs.	289.152	9,2 %	404.279	12,5 %	39,8 %	7.
Bad.-Württbg.	265.468	5,9 %	358.557	8,1 %	35,1 %	8.
Bremen	35.306	11,9 %	47.119	16,9 %	33,5 %	9.
Saarland	45.755	10,8 %	54.050	12,9 %	18,1 %	10.
Deutschld W.	2.147.936	7,8 %	2.952.095	10,6 %	37,4%	Ø

Quote entspricht dem dem jeweiligen Anteil an der abhängigen zivilen Erwerbspersonen in Prozent.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Und wenn es so weiter geht, wie bisher, dann sind schon bald auch die Durchschnittswerte nicht mehr positiv, denn Bayern hat eine der höch-

sten Steigerungsraten aller Bundesländer bei der Arbeitslosigkeit, seit Stoiber im Amt ist – vor Niedersachsen und Saarland.

Verlust an Arbeitsplätzen unter MP Stoiber

	Veränderung Zahl der Beschäftigten	Rang
NRW	+ 7.477	1.
Rheinland-Pfalz	+ 4.304	2.
Saarland	+3.617	3.
Schleswig-Holstein	+3.364	4.
Hessen	+ 225	5.
Bremen	- 2.585	6.
Niedersachsen	- 4.765	7.
Hamburg	- 10.605	8.
Baden-Württemberg	- 21.045	9.
Bayern	- 47.473	10.

* Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Unternehmensneugründungen 1997 (je 10.000 Unternehmen)

	Anzahl	Rang
Berlin	421	1.
Hamburg	391	2.
Bremen	377	3.
Hessen	327	4.
Schleswig-Holstein	324	5.
NRW	292	6.
Saarland	262	7.
Bayern	252	8.
Niedersachsen	246	9.
Baden-Württemberg	224	10.
Rheinland-Pfalz	207	11.

Quelle: Creditreform, Arbeitgeber nr. 4/50, 1998

Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft

SPD-Landtagskandidat Thomas Roy im Gespräch mit Eltern und Lehrern

Sparmaßnahmen im Bildungssektor trotz geburtenstarker Jahrgänge haben zu großen Klassen, überlasteten Pädagoginnen und Pädagogen sowie einer erheblichen Anzahl arbeitsloser Junglehrer geführt. Demgegenüber stehen gesellschaftliche Veränderungen, die dringend einer schulpolitischen Reaktion bedürfen. Die Konzepte der bayerischen SPD aus ihrem Wahlprogramm diskutierte ich kürzlich mit dem schulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Eberhard Irlinger, mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Mitgliedern verschiedener Elternbeiräte.

Über die Ausgangslage besteht weitgehend Einigkeit. Zurecht nennt sie Eberhard Irlinger „krisenhaft“, wobei



Thomas Roy
SPD-Kandidat für den Landtag

als Knackpunkte des „Schulnotstandes“ aufzuzählen sind: zu große Klassen, eine drastische Form von Stundenkürzungen und über 4.000 junge arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer. Die bayerische SPD will daher 3.000 zusätzliche Planstellen schaffen. Eberhard Irlinger betont, dass 1.000 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr eingestellt werden könnten; bei entsprechendem politischen Willen seien auch die Gelder vorhanden. Vergessen darf in diesem Zusammenhang nicht werden, dass allein die von der CSU offensiv propagierte Einführung der sechsstufigen Realschule einen dreistelligen Millionenbetrag kosten würde.

Wir wollen 1.000 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr einstellen

Auch die äußere und innere Gliederung des bayerischen Schulsystems muss grundsätzlich kritisiert werden. Es gibt zu viel Simultan- und Frontalunterricht, das System ist zu hierarchisch. Dies ist umso schwerwiegender, da die Wirtschaft zusehends auf Teamwork setzt. Die Schule muss sich in diesem Punkt ändern, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern müssen besser eingebunden werden. Der Weg muss weg von der „Einwegstruktur“ hin zu dem Unterricht anderer Länder kommen, d. h. es muss „mehr Zeit für Irrtumslernen“ eingeplant werden. Statt nur Wissen anzuhäufen, gilt es Lernstrategien zu vermitteln. Dabei muss bedacht werden, dass viele Fächer mit Wissen angereichert sind, das in zehn Jahren schon veraltet ist. Die Forderung der bayerischen SPD nach einer Entrümpelung der Lehrpläne und damit einer Reduzierung um 25% ist damit richtungsweisend.

Die wichtigsten Kernaussagen des bildungspolitischen Programms der BayernSPD sind darüberhinaus:

→ Förderung einer kindgerechten Schule durch Verzahnung von Kindergarten und Grundschule;

Fortsetzung von Seite 2

Stoibers Politik ruiniert den Mittelstand

Mit dem Mittelstand schwächt Stoiber ausgerechnet das Rückgrat der Bayerischen Wirtschaft. Der Verlust von über 47.000 Beschäftigten von 1994 bis 1996 ist auch im Vergleich mit allen anderen Bundesländern absolut dramatisch – und befördert Bayern auf den letzten Platz bei der Arbeitsplatzentwicklung im mittelständischen Bereich.

Nicht genug damit. Auch bei Neugründungen liegt Bayern deutlich hinten, bei der Zunahme der Pleiten (Zahl der Konkursanträge) dagegen deutlich an der Spitze. Die Konkursanträge von Unternehmen in Bayern stiegen zwischen 1992 und 1997 um 121%, sie haben sich also in der Amtszeit Stoibers, der im Mai 1993 antrat, also mehr als verdoppelt. Der bundesdeutsche Durchschnitt wird vom Freistaat um fast 30 % übertroffen.

Redaktion „der Hacho“

Pleiterekorde in Bayern unter MP Stoiber

	Konkursanträge					Zunahme		Rang
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	92-97	
Saarland	233	301	307	279	295	353	51,5 %	1.
Rheinl.-Pfalz	581	716	781	923	1.009	989	70,2 %	2.
NRW	3.051	3.909	4.520	4.670	4.891	5.357	75,6 %	3.
Schl.-Holstein	429	537	613	707	792	783	82,6 %	4.
Bremen	110	157	167	163	168	201	82,7 %	5.
Hamburg	311	477	560	502	564	579	86,2 %	6.
Niedersachsen	974	1.217	1.385	1.679	1.927	1.989	104,21 %	7.
B.-Württembg.	1.177	1.517	1.911	2.200	2.325	2.446	107,81 %	8.
Hessen	950	1.282	1.514	1.728	1.961	2.000	110,63 %	9.
Bayern	1.533	1.998	2.374	2.738	3.176	3.390	121,14 %	10.
Deutschld.(W.)*	9.349	12.165	14.110	15.589	17.098	18.087	93,5 %	Ø

*ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt

- Ausbau der Grundschule zu einer „verlässlichen Halbtageschule“, die dem Bewegungsdrang und Lernbedürfnissen der Kinder ebenso gerecht wird wie den Erfordernissen halbtags tätiger Mütter und Väter; es geht nicht an, dass Mütter die Nachhilfelehrerinnen der Nation sind!
- Einführung der flexiblen Orientierungsstufe für die 5. und 6. Klasse mit einheitlichem Lehrplan und Förderkursen in den Kernfächern;
- soweit örtlich möglich und gewünscht Aufwertung der Hauptschule zur Regionalschule, in der die Möglichkeit besteht, Haupt- und Realschule in einem gemeinsamen Unterricht zusammenzufassen

und die Klassen erst ab der 8. Jahrgangsstufe nach Abschlussziel zu trennen;

- Schaffung bedarfsgerechter, ganz-tätiger Spiel- und Lernangebote um den veränderten Lebens- und Familiensituationen gerecht zu werden;
- mit der Erweiterung der pädagogischen Freiheit einhergehend, müssen die Lehranstalten eine größere Eigenbestimmung durch Budgetrecht und Personalauswahl erhalten, was die Schaffung eines drittelparitätisch besetzten Schulforums aus Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern einschließt.

Besonderen Wert lege ich auf die Förderung der sog. „Schlüsselqualifi-

kationen“. Damit ist eine innovative Form des Lernens gemeint, die neben fachlichen Kenntnissen Selbständigkeit, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie Teamorientierung in den Mittelpunkt rückt. Da im Arbeitsleben viele Aufgaben nur durch Gruppeneinsatz lösbar sind, soll auch ein Teil der Prüfungen als Teamaufgabe durchgeführt werden. Dazu wird das Bewertungssystem flexibler werden müssen.

Wir wollen unsere zukunftsgerichteten Vorstellungen in der Schulpolitik durchsetzen. Dazu brauchen wir bei der Landtagswahl am 13. September 1998 Ihre Unterstützung!

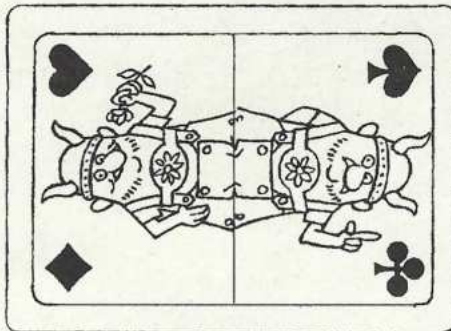
Thomas Roy,
Landtagskandidat der SPD

Fortsetzung von Seite 1

reichs Integrationspolitik. Das Bürgerrecht der französischen Republik macht alle Menschen, die auf französischem Boden geboren sind, automatisch zu Staatsbürgern. Und nur deswegen können Zidane, Djorkaeff und Thuram (um nur diese zu nennen) überhaupt in der „Equipe Tricolore“ mitspielen. Verteidiger Marcel Desailly, ein gebürtiger Ghanese, wurde im Wege der Einbürgerung Franzose. Was wäre das französische Team ohne diese Namen. Niemals hätten sie ohne diese Spieler Weltmeister werden können.

Von dem französischen Beispiel sollten wir Deutsche uns inspirieren lassen. Nicht nur um vielleicht selbst wieder einmal Fußball-Weltmeister zu werden, sondern um in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu profitieren.

Wir müssen die Integration der bei uns auf Dauer lebenden Ausländer erleichtern. Es ist ungerecht, wenn ein junger Mann, dessen Mutter bereits in Deutschland geboren wurde, immer noch gezwungen wird, Ausländer zu bleiben. In einem kulturellen Sinn ist er längst Deutscher, und das nicht nur, weil er besser Bayrisch spricht, als die Sprache seines Herkunftlandes. Ausländische Jugendliche der dritten Generation, also solche, deren Großeltern schon hier leben, müssen unwiderruflich und von Geburt an Deutsche werden können.



Ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht ist überfällig. Es muss das Abstammungsprinzip mit dem sogenannten Territorialprinzip verbinden und Einbürgerungen erleichtern.

Vielleicht ist auch ein Zahlenvergleich lehrreich. In Deutschland leben inzwischen rund 7,5 Millionen Menschen ausländischer Herkunft. Bisher sind jedoch nur etwa 300.000 eingebürgert worden. In Frankreich, berichtete mir der dortige Innenminister Pierre Chevènement, seien über 3 Millionen Menschen ausländischer Herkunft eingebürgert worden.

Natürlich setzt Integration nicht nur Leistungen auf Seiten des Aufnahme Staates, sondern auch auf Seiten der Zuwanderer voraus. Deshalb müssen Zuwanderer selbstverständlich die hiesige Verfassungs- und Rechtsordnung anerkennen und, das halte ich für ganz selbstverständlich, auch die deutsche Sprache erlernen. Natürlich genügt es nicht, das zu fordern, man muss auch die Möglichkeiten dafür bereitstellen.

Der französische Sieg hat auch gezeigt, dass man eher mit Mut weiterkommt, als mit sturem Sicherheitsdenken. Auch unsere Gesellschaft sollte diesen Mut haben. Vom französischen Spiel könnte man lernen, öfters einmal etwas zu riskieren, sich selbst auch in schwierigen Situationen etwas zuzutrauen, und geistig flexibel zu bleiben. Die Franzosen waren ein gutes Team, bei dem jeder jede Position einnehmen konnte, wo jeder sein Bestes gab, ohne nur darauf zu schielen, dass er selbst im Fernsehen gut aussah. Andererseits ist das Team kein Selbstzweck. Es kommt auch darauf an, individuelle Begabungen zu fördern, und die verschiedensten Qualitäten zur Geltung zu bringen.

Schließlich konnte man von der Fußball-WM noch etwas lernen: Berti Vogts ist mit einem Team angetreten, das seine besten Zeiten längst hinter sich hatte. Seine Spieler spielten ein System, das nicht mehr zeitgemäß war. Erfolge und Ruhm der Vergangenheit bringen nichts für die Gegenwart. Und wer nicht den Mut bringt, zu neuen Ufern aufzubrechen, wird scheitern.

Die Parallelen zur Regierung Kohl sind offensichtlich. Hoffentlich wird Helmut Kohl am 27. September wenigstens ein besserer Verlierer sein als Berti Vogts.

Otto Schily (M.d.B.)

Neueste Erkenntnis: Kinder wachsen Überraschendes Erwachen der Gemeinderatsmehrheit

Plötzlich und unerwartet muss die Gemeinde die Grundschule in Deisenhofen erweitern. Unerwartet für Verwaltung und Mehrheit im Gemeinderat.

Die SPD - Fraktion hat bereits vor zwei Jahren beantragt die Planung für einen Anbau an die Grundschule Deisenhofen in den Haushaltsplan aufzunehmen. Schließlich hat die

Gemeinde in den letzten Jahren Kindergärten gebaut und erweitert und allgemeine Erfahrung lehrt: Kinder werden größer. Mangels Bedarf, wie man meinte, wurde der Antrag zurückgestellt. Noch in den Haushaltsberatungen für das Jahr 1998 wurde der Mangel an Klassenräumen nicht erkannt. Es gab Gedankenspiele bei der Schule in Deisen-

hofen einen Kindergarten zu bauen, der im Lauf der Zeit zur Schule umfunktioniert werden könnte. Folglich sind im Haushalt nur Mittel für einen Kindergarten eingeplant.

Im Frühjahr, zwei Tage nach Verabschiedung des Haushalts überkam die Verwaltung die Erkenntnis: Wir brauchen vier weitere Grundschulklassen, zwei Klassenzimmer zur Reserve und die notwendigen Nebenräume.

Der ebenfalls von der SPD-Fraktion seit langem geforderte Kindergarten ist längst überfällig. Kinder, die bei der Anmeldung zurückgestellt werden mussten, sollen eine provisorische Unterkunft erhalten. Jetzt also, da die Not greifbar ist, wird immerhin eine Schulerweiterung mit angeschlossenem Hort geplant und ein Standort für den neuen Kindergarten gesucht.

Die für Verwaltung und Mehrheit im Gemeinderat offenbar überraschende Erkenntnis, dass Kinder älter werden, wird hoffentlich zum rechtzeitigen Nachdenken über Bedürfnisse von Jugendlichen führen.

Jörg Jennen

ANTRAG DER SPD-FRAKTION IM GEMEINDERAT OBERHACHING VOM 03.06.98

Der GR möge beschließen:

1. Die Gemeinde errichtet ein „Haus der Familie“, das Platz bietet für:
 - 1.1 eine Kindertagesstätte mit drei Gruppen,
 - 1.2 Räume für Krabbelgruppen, Mutter/Vater - Kindergruppen,
 - 1.3 Mehrzweckbereiche für z. B. Nachbarschaftshilfe und Mütterberatung.
 - 1.4 Die Nutzungsbereiche werden so angeordnet, dass getrennte Zugänge als auch interne Verbindungen möglich sind. Das Gebäude wird so gestaltet, dass wechselnde Nutzungen – entsprechend Bedarf – z. B. auch Hort, möglich sind. Ein Gebäude mit Erdgeschoß und 1. Obergeschoß (als Dachgeschoß) ist denkbar.
 - 1.5 Die Räume der Kindertagesstätte sollen später – bei Bedarf – als Jugendzentrum genutzt werden können.
2. Als Standort wird an erster Stelle der Bereich Kybergstraße / Innerer Stockweg / St. Ritaweg untersucht.
3. Die Gemeinde stellt als Sofortmaßnahme einen Container für eine Kindergartengruppe auf, um den dringendsten Bedarf an Kindergartenplätzen ab Herbst 1998 decken zu können.

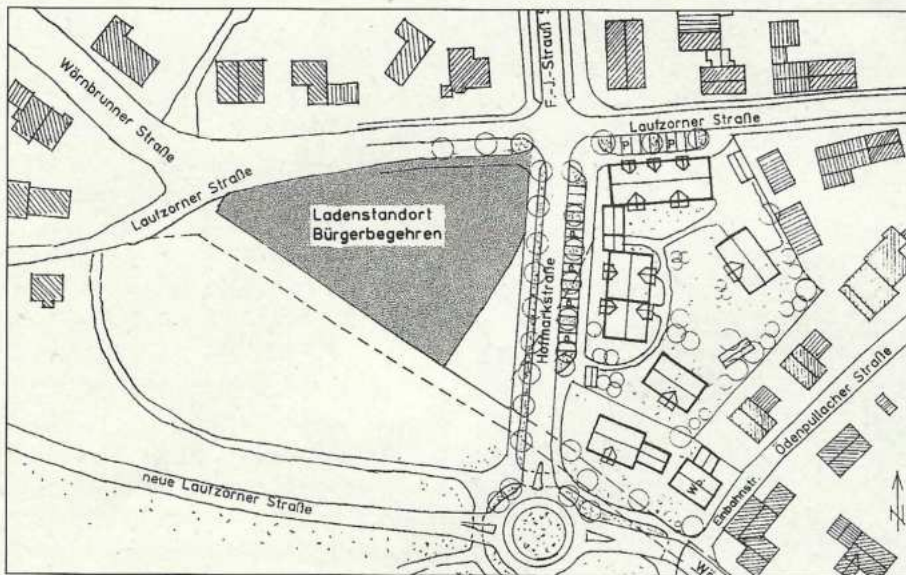
Begründung

1. Die Notwendigkeit der Errichtung einer Kindertagesstätte mit drei Gruppen ist dem GR bekannt und entsprechende Mittel wurden im Haushalt bereitgestellt.
2. In einem Ort der Größe Oberhachings gehören die genannten Mehrzweckbereiche zur sozialen Grundausstattung, der Bedarf an Räumlichkeiten für Familienarbeit und Jugendliche wird immer dringender.
3. In spätestens zehn Jahren wird sich die Zahl der Jugendlichen verdreifacht haben. Dies wird die Möglichkeiten der bisher bestehenden halb offenen Jugendarbeit bei der evangelischen Kirche bei weitem übersteigen.
4. Der genannte Standort ist gut erreichbar und niedrige Bauweise mit Freiflächen gegenüber der neuen Bebauung ehemals Batscheider ortsplanerisch wohltuend.



Einkaufen westlich der Bahn

Bebauungsplanverfahren an der Laufzorer Straße eingeleitet

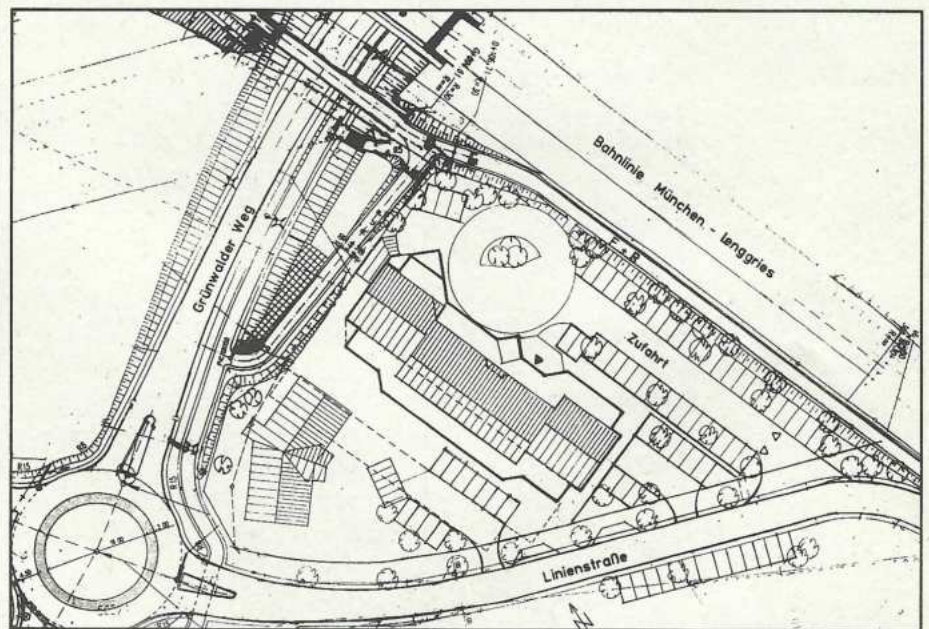


Planung an der Linienstraße geht flott voran

Anfang Juni hat der Gemeinderat das Bebauungsplanverfahren im Bereich Linienstraße, Grünwalder Weg, neuer Verkehrskreislauf abgeschlossen. Mittlerweile sind die Eingabepläne eingereicht, der Bauausschuss hat sein Einvernehmen erteilt, das Genehmigungsverfahren läuft. Gebaut werden soll ein Vollsortimenter mit etwa 800 qm Verkaufsfläche, einschließlich Bäcker und Metzger, und 53 Parkplätze. Wenn alles gutgeht, kann mit dem Bau im Spätherbst diesen Jahres begonnen werden.

Jörg Jennen

Nachdem 2.128 gegen 1.010 Bürger in einem Bürgerentscheid für die Aufstellung eines Bebauungsplans an der Laufzorer Straße gestimmt haben, wurde vom Gemeinderat das Planverfahren eingeleitet. Ziel ist die Schaffung von Baurecht für einen Vollsortimenter mit etwa 670 qm Verkaufsfläche und 40 Parkplätzen. Die Planungsvorgaben der Gemeinde, wie etwa Fahrbahnbreite, Fuß- und Radweg und anderes, sind formuliert. Dem Wunsch der Eigentümer entsprechend hat die Gemeinde die Ausarbeitung des Bebauungsplans übernommen und einen unabhängigen Architekten beauftragt. Die Zusammenarbeit zwischen Architekt, Bauwerber und künftigen Betreiber soll gewährleistet sein. Die ersten Ergebnisse werden dem Gemeinderat sicher sehr bald vorliegen.



Montessori - Kindergarten

Gebäude zu klein und marode

Ursprünglich sollte es nur ein Provisorium sein, als der Montessori-Kindergarten in die alte Planungsbaracke an der Linienstraße einzog. Schließlich wollte man erst sehen, wie sich das von einem privaten Förderverein getragene Projekt entwickeln würde. Mittlerweile gedeiht die Institution prächtig, eine zweite Gruppe kann installiert werden, aber das Gebäude ist zu klein und fault vor sich hin. Ein neuer Kindergarten muss her! Der Förderverein plant auf dem bisherigen Grundstück und bringt zwei Gruppen gerade so unter. Die SPD-Fraktion im Oberhachinger Gemeinderat ist der Meinung: Das Grundstück liegt nicht an der richtigen Stelle und ist zu klein, da es keine Ausweitung mehr zuließe – und sei es zur Unterbringung des in seinen jetzigen Räumen gekündigten „Spatzennestes“. Ein anderer Standort muss gesucht werden. Wir sind sicher, ein geeigneteres Grundstück wird sich finden.

SPD-Fraktion

Wer hat uns die Bahnhofsuhr geklaut?

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz.

Höchste Eisenbahn! Wie hoit oiweil Eiligen Schrittes hastet der treue Bahnkunde dem Deisenhofener Bahnhof zu. Kriegt er die S-Zwo noch oder kriegt er sie nicht? Er wirft einen hilfesuchenden Blick auf die Fassade des Bahnhofs.

Aber ach! Wo einstens eine bahneigene elektrische Normaluhr ihm zuverlässig anzeigte, dass ihm noch gut drei Minuten zur Verfügung stünden und er also nicht in einen atemberaubenden Dauerlauf verfallen müsste, da prangt ein hässliches Loch. Zwei Drähte, die da herunterhängen, sind auch nicht gerade lustig anzuschauen. Um mit Christian Morgenstern¹ zu sprechen: „Ein Anblick grässlich und gemein“. Wie zum Hohn glänzt da auch noch die Plakette der Gemeinde Oberhaching „Für gute Erhaltung“.

Wer hat die Bahnhofsuhr geklaut? An einem grauen Tag in der närrischen Zeit erschienen zwei als Monteure verkleidete Männer mit einer Leiter und zweckmäßigem Werkzeug und entfernten besagten Gegenstand. Alsdann machten sie sich auch an der Uhr an der Nordwestecke des Gebäudes zu schaffen und brachen, da's anscheinend nicht anders ging, auch noch ein paar Ziegelsteine aus der Mauer. Da steht sie nun, die Mauer. Wer denkt sich schon was Böses, wenn zwei Männer in Monteuranzügen ...

Woche um Woche verging. Die Uhren, vielleicht zur Reparatur abgeholt, erschienen nicht wieder. Dem treuen Bahnkunden kam ein böser Verdacht. Waren die beiden Monteure vielleicht Helfershelfer im Dienst eines diebischen und räuberischen Antiquitätenhändlers? Zieren unsere Bahnhofsuhrn vielleicht schon die Eingangshalle einer großkotzigen Villa eines Neureichen mit guten Beziehungen zu einer staatstragenden bayerischen Volkspartei? So dachte unser treuer Bahnkunde. Aber weit gefehlt!

Es war die Eigentümerin selbst, die DB AG. Und sich selbst kann man doch nicht bestehlen, nicht war.

„Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren oder andere von jeder Einwirkung ausschließen.“ (§ 903 BGB vom 18. August 1896). Statt der guten alten Deutschen Bundesbahn haben wir jetzt die DB Aktiengesellschaft. Und eine Aktiengesellschaft ist eine privatrechtliche Kapitalgesellschaft mit dem Ziel, Gewinn zu erwirtschaften, möglichst maximalen Gewinn. Eine Bahnhofsuhr aber frisst bekanntlich elektrischen Strom und der kostet Geld. Kosten aber schmälern, so sagen die Mikroökonom, den Gewinn. So einfach ist das, ganz logisch!

Eigentum verpflichtet? Also, das ist so. Wenn irgendein Krattler² sein an einer öffentlichen Straße gelegenes Haus verwildern lässt, dann rümpfen die Leute die Nase und denken sich, dass das für jeden Vorübergehenden eine Zumutung ist, aber dass man halt von so einem Krattler nicht anderes erwarten kann.

Der treue Bahnkunde aber meint, dass ein in der Öffentlichkeit tätiges Unternehmen, ganz gleich, ob öffentlich oder privat, ob groß oder klein, gegenüber der Allgemeinheit gewisse Pflichten hat, zum Beispiel auch Repräsentationspflichten. Siehe Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz. Und so gesehen ist die Bahnhofsuhr an der dem Bahnhofplatz zugewandten Fassade

eigentlich unsere Uhr, Uhr der Bahnkunden und der Bürger Oberhachings. Also hat uns die DB Aktiengesellschaft, wenn auch nicht im Sinne des BGB und des StGB, wohl aber im Sinne des Grundgesetzes unsere Uhr geklaut.

Übrigens hat der treue Bahnkunde absolut nichts gegen eine gewinnbringende DB Aktiengesellschaft. Bloß glaubt er nicht, dass man statt unternehmerischer Initiative mit Erbsenzählen und Korinthenkackern³ nachhaltige Rentabilität erzielen kann.

Dem Vernehmen nach soll im Oktober 1998 zum hundertsten Mal die Eröffnung Bahnlinie Ostbahnhof - Deisenhofen jähren. Könnte nicht die DB Aktiengesellschaft zu diesem denkwürdigen Anlass einen klitzekleinen Beitrag leisten, indem sie bitte – wenigstens eine der beiden Uhren, nämlich die an der Fassade, wieder anbringen lässt?

picus (lat. = Specht)

¹Christian Morgenstern, deutscher Dichter, 1871 - 1914

²Krattler, auch Grattler, im alemannisch-bairischen Sprachraum Bezeichnung für eine rückständige Mannsperson, die sich mit nicht ganz einwandfreien Mitteln Einkommen und Besitz verschafft

³Korinthenkackern, im norddeutschen Sprachraum übliche Bezeichnung für kleinliches Denken und Handeln, im Bairischen auch Dipferlscheißn



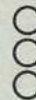
Hätten Sie's gewusst?

Prüfsteine für Wähler

A. Welcher Regierungserklärung entstammt folgendes Zitat?

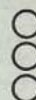
„Wir erleben zur Zeit eine Arbeitslosigkeit, die schlimmer ist als jene in den Jahren des Wiederaufbaus... Im Winter können fast 2,5 Millionen Menschen arbeitslos sein. ...Die neue Regierung ist notwendig geworden, weil sich die alte, bisherige Regierung unfähig erwies, gemeinsam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Netz sozialer Sicherheit zu gewährleisten und die zerrütteten Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.“

1. Willy Brandt, Oktober 1969
2. Helmut Kohl, November 1982
3. Gerhard Schröder, Oktober 1998



B. Wie hoch war die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Westdeutschland (alte Länder) im Januar/Februar 1998?

1. 1,8 Millionen
2. 2,5 Millionen
3. 3,2 Millionen



C. Welcher Schrift entstammt das folgende Zitat?

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Kann man denn Trauben lesen von Dornen oder Feigen von Disteln?...

Ein guter Baum kann nicht schlechte Früchte bringen, und ein fauler Baum kann nicht gute Früchte bringen... Darum: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

1. Papst Leo XIII. Enzyklika "Rerum novarum"
2. Matthäus 7. Kapitel, 16. 18. 20. Vers
3. Marx/Engels, Kommunistisches Manifest

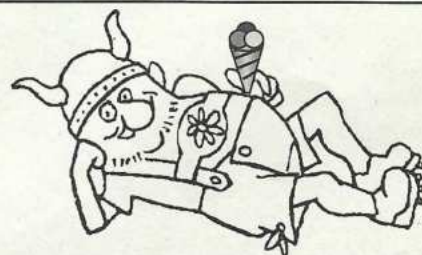


Lösungen: A: 2; B: 3; C: 2.

Anzeige – Bitte beachten Sie die Vorderseite des Heftes

Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, dass wir halten, was wir **versprechen**:

1. **MEHR ARBEITSPLÄTZE** durch eine konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen.
2. **EIN SOFORTPROGRAMM**. 100.000 Arbeitsplätze für Jugendliche und mehr Lehrstellen durch eine Ausbildungsinitiative 99.
3. **AUFBAU OST WIRD ZUR CHEFSACHE** und mit einem gebündelten Zukunftsprogramm vorangetrieben.
4. **DEUTSCHLAND ALS IDEENFABRIK** durch Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in 5 Jahren.
5. **BEKÄMPFUNG DER KRIMINALITÄT** und ihrer Ursachen, Verhinderung der Geldwäsche, Einzug illegaler Vermögen, Verhinderung illegaler Beschäftigung.
6. **NEUER AUFBRUCH FÜR DIE FRAUENPOLITIK** durch Arbeitsprogramm „Frau und Beruf“ und eine eigenständige Alterssicherung.
7. **MEHR STEUERGERECHTIGKEIT** durch Entlastung von Familien (mit zwei Kindern) um 2.500,- DM pro Jahr und mehr Kindergeld.
8. **BEZAHLBARE GESUNDHEIT** durch Entlastung chronisch Kranker bei der Zuzahlung, Jugendliche erhalten wieder Zahnersatzleistungen.
9. **MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT**. Kohls Fehler korrigieren bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall.



Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Oberhaching

Redaktion (verantwortlich):

Norbert Jennen

Linienstraße 117, 82041 Oberhaching

E-Mail: NJennen784@aol.com

Layout, Gestaltung, DTP-Satz:

INFOTEXT

Linienstraße 117, 82041 Oberhaching

der Hacho

ist das Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins für alle Bürger der Gemeinde Oberhaching. Er erscheint in unregelmäßiger Folge. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors, nicht in jedem Fall die der Redaktion wider. Im Internet unter: <http://www.bayernspd.de/ub-m-land/hacho.htm>

Der Ortsverein der SPD Oberhaching tagt an jedem zweiten Dienstag des Monats um 19:30 Uhr in der Gaststätte Simerwirt, Hahilingstraße. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.